

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf. — Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzerate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittag 12 Uhr angenommen. — Inzerationspreis 10 Pf. pro dreizehnpennige Corpusspaltzeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma G. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion G. A. Berger daselbst.

No. 87.

Sonnabend, den 20. Oktober

1894.

Der „Bierkrieg“ in Berlin.

Der große Interessen- und Prinzipienkampf, welcher schon vor Monaten zwischen der sozialistischen Parteileitung und den von ihr boykottirten Berliner Brauereien entbrannt war, ist plötzlich noch einmal mit alter Kraft emporgekommen, nachdem er bereits seinem Ende nahe gewesen zu sein schien. Denn die eingeleiteten Verständigungsversuche zwischen den Vertretern der Brauereien und der sozialdemokratischen Boykott-Commission hatten durch Wägung und Versöhnlichkeit auf beiden Seiten schon verschiedene der vorhandenen hauptsächlichsten Differenzpunkte beseitigt, so daß an einen Friedensschluß eigentlich kaum mehr zu zweifeln war. Aber diese Erwartung ist jäh vernichtet worden, die Weigerung der Brauereien, die Rückzahlung der streikenden und in der Folge „ausgesperrten“ Brauereiarbeiter wieder anzunehmen, auf welcher Forderung die Vorsitzende der Boykott-Commission in der letzten Sitzung mit den Brauerei-Vertretern mit überaus scharfer Schroffheit bestanden, zog den plötzlichen Abbruch der Verständigungsverhandlungen nach sich und so ist denn der „Bierkrieg“ noch einmal in voller Schärfe entbrannt. Die Boykott-Commission hat in einem durch den „Vorwärts“ veröffentlichten Aufruf an die Berliner Arbeiterschaft dieselbe zur energischen und zielbewußten Fortsetzung des Kampfes aufgefordert und dementsprechend hat man in 27 großen Volksversammlungen, welche von den sozialdemokratischen Führern am Dienstag Abend an verschiedenen Stellen der Reichshauptstadt einberufen worden waren, auch seine Beschlüsse gefaßt. Die überall gefaßten Resolutionen lauten mit Einstimmigkeit dahin, daß der Boykott gegen die Brauereien mit aller Nachdruck weiter zu führen sei und daß die Berliner Arbeiter gehalten sein sollten, bis zur Beendigung des Boykotts keine Festlichkeiten in den gesperrten Sälen zu veranstalten. Aber auch die Gegenpartei hat entschlossen aufs Neue ihre Stellung in dem Streite genommen. Die vereinigten Brauereien haben sich gegenseitig zum Ausdauern verpflichtet und im Anschluß hieran ist von der Commission der Saalbesitzer einstimmig beschlossen worden, an der Aufrechterhaltung der Saalbesitzer festzuhalten, den Kampf gegen die Sozialdemokratie energisch fortzusetzen und die gesammte Bürgerschaft Berlins um ihre materielle wie moralische Unterstützung zu bitten.

So geht denn diese eigenartige Fehde, die einem ursprünglich rein wirtschaftlichen Anlasse entsprungen, sich inzwischen längst zu einem bedeutungsvollen politischen Streite, zu einer ersten Krafprobe zwischen dem bestehenden Bürgerthum und der Sozialdemokratie gestaltet hat, erbittert weiter. Noch läßt sich ihr Ausgang nicht mit Gewißheit übersehen, allgemein herrscht jedoch die Empfindung vor, daß Sieg oder Niederlage der einen oder der anderen Partei zugleich vorbildlich wirken müsse auf eine Reihe späterer Vorgänge, daß es von dem Ausfalle dieses Kampfes abhängen wird, ob die tyrannische Anmaßung und die Siegeszuversicht der sozialdemokratischen Partei auf längere Zeit einen nachhaltigen Dämpfer erfährt, oder ob der bürgerliche Gedanke schließlich eine empfindliche Demüthigung verzeichnen muß. In den Reihen der kämpfenden Parteien empfindet man längst diese allgemeinere Bedeutung des Bierkonflikts, deshalb spannt einerseits die sozialdemokratische Partei in Berlin die Kräfte aufs Aeußerste an, um die Siegespalme zu erringen, während andererseits auch die vereinigten Brauereien und Saalbesitzer sich noch fester zusammenschließen, um den Kampf mit voller Energie durchzuführen.

Gewiß bleibt es aber auf jeden Fall bedauerlich, daß dieser lange und opferreiche Streit nunmehr sich noch fernerhin ausspannt, denn weit über die Kreise der zunächst beteiligten Parteien und Bevölkerungsschichten hinaus wird man seine schädigenden Wirkungen drückend genug empfinden. Um so dringender erhebt sich der Wunsch, in Zukunft derartige zerrüttende Kämpfe nach Möglichkeit einzuschränken, und hierbei ist wohl eine Hauptbedingung, daß den Arbeitgebern auf gesetzlichem Wege ein Schutz gegen terroristische Vergewaltigung seitens der Arbeiterführer geschaffen wird. In der jüngsten Novelle zur Gewerbeordnung ist den Arbeitnehmern eine günstige Position gegenüber Ausbeutungsversuchen u. s. w. durch die Arbeitgeber errichtet worden, jetzt sollte endlich ernstlich die Frage aufgeworfen werden, ob nicht auch die letzteren Anspruch auf Wahrung wichtiger und berechtigter Interessen ihres Standes durch die Gesetzgebung erheben könnten.

Tagesgeschichte.

Der jüngste Ausflug des Kaisers nach dem westlichen Deutschland, welcher zunächst einem Besuche bei der Kaiserin Friedrich in Schloß Friedrichshof und dann dem Gegenbesuche beim Großherzog von Hessen in Darmstadt galt, hat mit dem mehrstündigen Aufenthalte des kaiserlichen Herrn in Wiesbaden am Dienstag wieder seinen Abschluß erfahren. Der Kaiser wohnte daselbst unmittelbar nach seiner in der fünften Nachmittagsstunde erfolgten Ankunft der feierlichen Entbaltung des Kaiser-Wilhelm-Denkmales bei und verweilte hierauf einige Zeit im königlichen Schlosse. Abends 8 Uhr erschien der erlauchte Gast zur Eröffnungsvorstellung im neuen Hoftheater, um dann den weiteren Abend beim Intendanten v. Hülfsen zuzubringen. Abends 11 Uhr trat dann der Kaiser die Rückreise nach Berlin an, woselbst er in der zehnten Vormittagsstunde des Mittwoch wieder eintraf. Bald darauf fand in der Ruhmeshalle des Zeughauses die Nagelung der den vieren Bataillonen verliehenen Fahnen statt. Dem feierlichen Akte wohnten außer dem Kaiser und der Kaiserin und den königlichen Prinzen noch die Großherzöge von Baden und von Oldenburg, die Fürsten von Lippe, von Schaumburg-Lippe, von Waldeck und von Reuß ältere Linie, sowie die Erbprinzen von Coburg und von Reuß jr. Linie bei. Am Mittwoch Abend fand in Potsdam, wohin sich der Kaiser mit seinen fürstlichen Gästen im Laufe des Nachmittag begeben hatte, der Empfang des Kaisers von Serbien unter Enthaltung großer Ceremonie statt.

Berlin, 18. Oktober. Vor dem Denkmal Friedrichs des Großen unter den Linden fand heute Vormittag die feierliche Weihe der 132 neuen Fahnen statt. Der Kaiser, begleitet vom Feldmarschall von Blumenhof, führte die Fahnen vom Zeughaufe vor den inmitten der Truppen aufgestellten Altar und begrüßte die deutschen Fürsten und die königlichen Prinzen. Der Militär-Oberbefehlshaber Dr. Frommel segnete die Fahnen mit einer Weiherede unter Kanonensalut ein. Darauf übergab der Kaiser dieselben den Regimentern mit einer Ansprache, worin er des heutigen Geburtstages des Kaisers Friedrich, der letzten großen Fahnenweihe von 1861 und der ruhmreichen Thaten des Heeres von 1871 gedachte und die Commandeure aufforderte, unter den neuen Fahnen die ruhmvolle Tradition fortzuführen, mit Hingebung zum Throne, mit unbedingtem Gehorsam zum obersten Kriegsherrn gegen die äußeren und inneren Feinde. „Wäge der Segen des Allerhöchsten, der das Heer bisher behütet, und die Blide der Vorgänger auf den neuen Fahnen schützend ruhen. Mit Gott für König und Vaterland.“ Feldmarschall v. Blumenhof dankte Namens der Armee, versicherte dem Kaiser die unverbrüchliche Treue und brachte alsdann ein Hoch auf Se Majestät aus, wobei sich die Fahnen senkten. Bei dem anschließenden Parade-marsch der Truppen waren die drei ältesten kaiserlichen Prinzen eingetreten. Die Kaiserin und der König von Serbien wohnten der Feier auf dem Balkon des Palais des alten Kaisers Wilhelm bei.

Dem jungen König von Serbien, der jetzt in Berlin weilt, widmet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen Begrüßungs-Artikel, in welchem es heißt: „Den König hat seine Reise zuerst nach Pest geführt und die Blätter berichten nicht nur von dem herzlichem Empfang, der dem jugendlichen Monarchen von Seiten des Kaisers Franz Josef zu Theil wurde, sondern auch von den sympathischen Kundgebungen, mit welchen die Bevölkerung der ungarischen Hauptstadt den König des benachbarten Landes begrüßte. In Wien hat König Alexander schon vor mehreren Jahren zum Besuche gewillt in demselben Monat, in dem er auch in Petersburg den Kaiser Alexander von Rußland persönlich begrüßte. Diesen Begegnungen mit den beiden Herrschern, zu denen das serbische Königreich und die Dynastie der Obrenowitsch in den nächsten Beziehungen steht, schloß sich vor Kurzem ein Besuch in Konstantinopel an, wo auch der Sultan dem König Alexander den ehrendsten Empfang zu Theil werden ließ. Der Staat, zu dessen Regierung der König berufen ist, steht in der Reihe der europäischen Königreiche als jüngstes Glied da. Um so mehr möchte sich der jugendliche Monarch gedrungen fühlen, durch Pflege persönlicher Beziehungen mit den Beherrschern mächtiger, dem serbischen Lande und Volke freundlich gesinnter Staaten in erhöhtem Maße dazu beizutragen, bestehende gute und freundschaftliche Verhältnisse zu befestigen. Die herzliche Aufnahme, welche der hohe Gast am Hofe unseres kaiserlichen Herrn findet, wird bei König

Alexander die Ueberzeugung befestigen, daß für die Durchführung der schwierigen Aufgaben, welche das Schicksal auf seine Schultern gelegt hat, ihm in Deutschland die wärmsten Sympathien entgegengebracht werden. Nicht minder sind wir gewiß, daß, wo immer der König während seines Aufenthaltes mit den Kreisen unserer Bevölkerung in Berührung treten mag, jene freundlichen Eindrücke sich beständigen und eine dauernde Erinnerung hinterlassen werden.“

Die im Verfolge der Reichsfinanzreform neuerdings wieder mehr in den Vordergrund getretenen Erörterungen wegen stärkerer steuerlicher Heranziehung des Tabaks haben alsbald zur Wiederholung der strikt ablehnenden Stellungnahme der direkt beteiligten Interessentkreise geführt. Die „Berl. Polit. Nachr.“ bezeichnen diese Taktik weder als besonders glücklich, noch als besonders klug, und scheiden: „So begreiflich es auch vom allgemein menschlichen als insbesondere vom Standpunkte des Steuerzahlers erscheint, sich im Momente der erstmaligen Auswollung gegen drohende steuerliche Mehrbelastungen in Positur zu setzen, so ist doch, sollte man denken, im Punkte des Tabaks durch die vorhergehenden allseitigen und tiefgreifenden Untersuchungen die Sachlage hinlänglich geklärt worden, sodah bei ruhiger, leidenschaftsloser Abwägung des Für und Wider kaum ein urtheilsfähiger Beurtheiler dürfte in Abrede stellen wollen, daß ein geachtlicher Fortgang der Reichsfinanzreform ohne stärkere Heranziehung des Tabaks einfach ausgeschlossen ist. Wenn man sieht, wie andere Objekte, welche noch in ungleich höherem Grade als der Tabak beanspruchen dürfen, nicht nur als Genußmittel, sondern als wesentlicher Bestandtheil der Nahrung, wie Zucker und Branntwein, zu gelten, steuerlich scharf erfaßt werden, wohingegen der Tabak zu einem verhältnismäßig kaum nennenswerthen Betrage auf der Steuerlast erscheint, so verlangt schon der Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit, daß das bisher beim Tabak Versäumte in dem gebotenen Umfange nachgeholt werde; ein einziger anderer Weg kann ja auch zur Erreichung des Zieles der Reichsfinanzreform in Bezug auf Gangbarkeit mit der Tabaksteuer irgendwie in Konkurrenz treten. Wer ehehlich mit zur Befundung der Reichsfinanzen beitragen will, wird sich der Verpflichtung, die Tabaksteuer auf neue Grundlagen stellen zu helfen, nicht entziehen dürfen.“

Bis zu welcher Robheit sich die Sozialdemokraten durch den Boykott hinreißen lassen, dafür liefert eine Gerichtsverhandlung einen treffenden Beweis. Der „Genosse“ Warts hat mit zwei anderen Genossen einen Schiffer, der sich gegen den Boykott ausgesprochen hatte, schwer verletzt und dann ins Wasser geworfen; zum Glück konnte der Mann schwimmen. Warts erhielt 1 1/2 Jahre Gefängniß, die beiden anderen Genossen sind entflohen.

Das Ergebniß der am vergangenen Sonntag vollzogenen belgischen Parlamentswahlen steht endlich fest. Es sind in die neue Deputirtenkammer gewählt 77 Clerikale, 7 Liberale und 12 Sozialisten, während 56 Stichwahlen vorgenommen sind, bei denen die Sozialisten zweifellos noch eine weitere Reihe von Mandaten erringen werden. Im Senat werden, abgesehen von 9 noch vorzunehmenden Stichwahlen, voraussichtlich 54 Clerikale und 23 Liberale sitzen. Das hervorsteckendste Charakteristikum der belgischen Wahlen ist also der Sieg der Sozialdemokraten, Dank dem neuen Wahlgesetz. Sie, die bisher noch überhaupt kein Mandat zur belgischen Volksvertretung besaßen, werden nunmehr in dieselbe gleich mindestens 25 Mann stark einziehen, die verschiedenen Gruppen des Liberalismus, der ja die Kosten des Wahlsieges der Rothgen fast ausschließlich bestreiten muß, zusammen werden nur wenig Mann mehr zählen. Der belgische Liberalismus hat demnach eine Niederlage erhalten, an der er noch lange, lange zu tauen haben wird. Mit einem blauen Auge sind die Clerikalen davon gekommen, da sie in beiden Häusern des Parlaments auch fernerhin über die Mehrheit verfügen werden, freilich kann dieselbe schon bei den nächsten Wahlen in die Brüche gehen. Unter den bevorstehenden Stichwahlen beanspruchen diejenigen in Brüssel das meiste Interesse. Hier stehen den 18 clerikalen Candidaten 19 liberale und radicale Candidaten entgegen, die Sozialdemokraten geben den Ausschlag. Der Generalrath der Arbeiterpartei hat die Parteigenossen aufgefordert, bei Stichwahlen zwischen Candidaten der anderen Parteien für diejenigen Candidaten zu stimmen, welche sich schriftlich verpflichten, für das uneingeschränkte allgemeine Stimmrecht bei Communal- und Provinzialrathswahlen zu stimmen, aber gegen Schutzgölle zu votiren.